

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Umweltbewusstsein stärken – Potenziale aller Bevölkerungsgruppen ausschöpfen**

Die Einstellungen und das Verhalten der Menschen zu Themen des Umwelt- und Klimaschutzes sind zentrale Aspekte einer ökologischen und nachhaltigen Stadtentwicklung. Private Haushalte sind für einen großen Teil des Strom- und Ressourcenverbrauchs verantwortlich und bieten somit erhebliche Effizienz- und Einsparpotenziale. Dies kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern bietet auch finanzielle Vorteile insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, da diese überdurchschnittlich viel ihres Budgets für Energie und Wärme aufwenden müssen.

Nach wie vor ist das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung sehr ausgeprägt. Der Klimawandel und seine negativen Folgen bereitet vielen Menschen Sorgen und hat bereits bei vielen zu Veränderungen im individuellen Verhalten geführt. Die Umsetzung des vorhandenen Bewusstseins in konkretes Handeln erfolgt aber nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Abhängig z. B. von Bildungshintergrund, kulturellem Hintergrund oder finanzieller Lage kann es hier zu Defiziten kommen. Somit besteht die Notwendigkeit für eine zielgruppenspezifische Umweltkommunikation, die auf ein gleichmäßig hohes, umweltgerechtes Verhalten in der Gesamtbevölkerung hinwirkt.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept mit Beteiligung von Umwelt- und Sozialverbänden, Migranten/-innenvertretern/-innen und Wissenschaft zu erarbeiten, das
 - unter Einbeziehung von Kenntnissen über das Umweltbewusstsein bestimmter Bevölkerungsgruppen den Bedarf einer zielgruppenspezifischen Umweltkommunikation aufzeigt,
 - die dabei gewonnenen Erkenntnisse in Maßnahmen zur Stärkung des Umweltbewusstseins weiterentwickelt mit dem Ziel, zu einem verantwortungsvolleren Umgang zu motivieren und
 - durch entsprechende zielgruppenspezifische Informationsstrategien, z. B. auch mit mehrsprachigen Informationsmaterialien, in den Stadtteilen erprobt wird.
2. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von zwölf Monaten nach dieser Beschlussfassung über die Ergebnisse zu berichten.

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Karin Mathes, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt, Petra Krümpfer, Birgit Busch,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD